

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe bereits etliche Haushaltsberatungen mitgemacht. Meist konnte man zusammenfassend wie bei Dinner for one sagen "die selbe Prozedur wie jedes Jahr", d. h. von der Verwaltung wurde ein Haushaltsentwurf eingebracht, danach wurden von den Fraktionen Änderungsanträge gestellt, es gab dann regelmäßig Hiobsbotschaften und dann auch wieder positive Nachrichten und am Ende kam meist ein durchaus solider Haushalt heraus. Diesmal ist alles anders. Bereits der von der Verwaltung eingebrachte Haushaltsentwurf war ungewöhnlich. Er enthielt Rekordeinnahmen insbesondere bei der Gewerbesteuer, eine Rekordinvestitionssumme von 61,8 Mio. € und einen Finanzmittelfehlbetrag von gerade einmal 1,6 Mio. €, dh. keine Nettoneuverschuldung. Während der Beratung gab es keine einzige Hiobsbotschaft, sondern fast nur positive Nachrichten. Das erfreulichste ist, dass sich die prognostizierte Gewerbesteuereinnahme nochmals um ca. 8,5 Mio. € netto erhöht, so dass wir nunmehr bei Gewerbesteuereinnahmen von 125 Mio. € angelangt sind. Gegenüber dem im letzten Jahr angesetzten Gewerbesteuereinnahmen bedeutet dies eine Erhöhung um ca. 50 %. Gegenüber den Jahren 2012 - 2014 bedeutet dies sogar eine Verdoppelung. Ähnlich gut sieht die Entwicklung bei der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer aus. Das Ergebnis: trotz Aufstockung der Ausgaben bei der laufenden Verwaltungstätigkeit von ca. 7 Mio. € und einer Reduzierung der Investition abzüglich staatlichen Zuschüssen von ca. 3,3 Mio. € haben wir nunmehr einen Finanzmittelüberschuss von 6,26 Mio. €.

Wenn ich einen Wunsch frei hätte, würde ich mir wünschen, dass auch in den nächsten zehn Jahren man bezogen auf den diesjährigen Haushalt sagen kann, "die selbe Prozedur wie letztes Jahr".

Wir freuen uns, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen die Finanzmittel im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, Grünstrukturen und Verkehrswende und bei der Unterstützung soziokultureller Initiativen und Projekten und in den Bereichen Sport und Gesundheit aufgestockt wurden und eine gute finanzielle Ausstattung haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, der ÖDP, der FWG und der Erli, nicht alle ihre Anträge hatten Erfolg. Sie können sich aber sicher sein, dass dies auch für die SPD, die FDP und uns gilt. Auch hier wurde mancher Antragswunsch in den internen

Vorberatungen gestrichen. Eine solide Haushaltsplanung verlangt zumindest beim Verwaltungshaushalt auch bei einer sehr guten Haushaltslage genau abzuwägen und nicht alles was wünschenswert ist, zu beschließen. Vielmehr müssen Schwerpunkte gesetzt werden.

Sicherlich hätten Sie zumindest teilweise andere Schwerpunkte gesetzt. Dies gehört aber zur Demokratie, dass die Mehrheit die für sie wichtigen Akzente setzen kann. Dennoch ist auch z.B. im Bereich Sport die finanzielle Ausstattung so gut, wie nie zuvor.

Auch wir sind bedauern sehr, dass die Realisierung der Stadtteilzentren in Frauenaarach, Kriegenbrunn und Büchenbach sich verzögert. Dies liegt aber nicht am fehlenden Willen oder an den fehlenden Finanzmitteln, sondern an Umständen, die keiner von uns zu vertreten hat. Hier bestätigt sich meine Erfahrung, dass Projekte der Stadt in der Regel meist deutlich länger dauern, als man am Anfang denkt. Platt gesagt kann ein Baum eben deutlich schneller gefällt als neu gepflanzt werden. Davon sollte man sich aber nicht entmutigen lassen. Zu Beginn der Legislaturperiode hatten auch wir gedacht, dass die von uns angestrebten Veränderungen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, und Grünstrukturen sowie die Verkehrswende zügiger umgesetzt werden können als geschehen. So hatten wir gehofft, dass das Fahrradparkhaus am Bahnhof im Jahr 2020 in Betrieb ist. Auch beim KUBIC hatten wir uns einen schnelleren Baufortschritt gewünscht. Ähnliches gilt für das BBGZ in der Hartmannstraße und die Stadtteilzentren in Frauenaarach, Kriegenbrunn und Büchenbach. Zumindest wir lassen uns aber nicht entmutigen und werden weiterhin alles dafür tun, dass es hier zu den notwendigen Verbesserungen kommt.

Auch für die von Ihnen Herr Volleth angesprochenen Bürgerbeteiligungen gilt dies. Hier sind wir neue Wege gegangen, wie z.B. die Einrichtung von Stadtteilbeiräten oder die online gestellte Vorhabenliste. In vielen Bereichen ist die Bürgerbeteiligung auch gut gelungen. Ich verweise auf die Bauvorhaben der GeWoBau in der Odenwaldallee und in der Housing Area. Es gab aber auch Projekte, bei denen Fehler gemacht wurden, wie z.B. dem E-West-3. Auch bei der Bürgerbeteiligung gilt es daher, weiter an der Sache zu bleiben und sich ständig zu verbessern und aus Fehlern zu lernen. Wir sind hierzu bereit.

Soweit Sie, meine Damen und Herren von der CSU, kritisieren, dass die Stellenmehrung von 1,78 Mio. € für 2019 zu hoch sei und die Personalausgaben bei ca.

32 % des Verwaltungshaushalts bzw. Ertragshaushaltes liegen sollten, kann ich ihre Kritik hier nicht ganz nachvollziehen. Die Einnahmen beim Verwaltungshaushalt liegen bei nunmehr bei 429,4 Mio. €. Bezogen auf die Ausgaben wären 32 % hiervon 137,4 Mio. €. Die tatsächlichen Personalausgaben liegen nach dem Haushaltsplan, der beschlossen werden soll, bei 134,8 Mio. € brutto. Ihre Forderung wird somit erfüllt.

Anmerken möchte ich, dass nicht die Stadt Erlangen und auch nicht primär die Firmen, sondern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firmen, die Gewerbesteuern bezahlen, und die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt über ihre Einkommens und Umsatzsteuer für die mehr als deutlich gestiegenen städtischen Einnahmen verantwortlich sind. Diese haben dann aber auch einen Anspruch auf entsprechende Leistungen durch die Stadt, sei es im Bereich Kinderbetreuung, Bildung, Umweltschutz, Kultur oder Verkehr. Hierfür ist aber ausreichendes Personal bei der Stadtverwaltung notwendig. Die Nichtschaffung von erforderlichen Stellen führt letztendlich dazu, dass die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger sich verschlechtern. Dies halten wir für den falschen Weg.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Anmerkung zur ErLi machen. Bei einer Erhöhung der Gewerbesteuereinnahmen gegenüber dem letzten Jahr von ca. 50 % ist die Forderung noch nach einer Erhöhung des Gewerbesteuersatzes für mich derzeit nicht nachvollziehbar. Der Satz, was schon immer richtig war, muss auch künftig richtig sein, ist eben einfach falsch.

Zusammenfassend werden wir den vorliegenden Haushalt zustimmen.

Zum Schluss möchte ich mich bedanken zuerst einmal bei den Bürgern und Bürgern dieser Stadt, die mit ihren Leistungen dafür gesorgt haben, dass die Einnahmen der Stadt so hoch sind, dass viele wichtige Vorhaben umgesetzt werden können. Weiterhin möchte ich mich bei der Kämmerei und den Finanzreferenten und beim Personalamt und dem Personalreferenten für die gute Arbeit bedanken. Und auch bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich mich bedanken für den fairen Umgang während der Haushaltsberatungen.

Danke für ihre Aufmerksamkeit